

Dr. Schäfer GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Schäfer GmbH – WPG/StBG -, Hugo-Eckener-Str. 7, 63303 Dreieich

Hugo-Eckener-Str. 7
63303 Dreieich

Mandanten- und Interessenten-
Rundschreiben
für Monat Januar 2006

Telefon: 06103/20566-0
Telefax: 06103/20566-39

eMail: info@dsg-wp-stb.de
Internet: www.dsg-wp-stb.de

Dreieich, den 08.01.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mandantinnen und Mandanten,

nachfolgend möchten wir Sie über die in den vergangenen Monaten eingetretenen und für die Zukunft geplanten Änderungen im Steuerrecht vertraut machen. Weitergehendere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter www.dsg-wp-stb.de.

Lesen Sie Informationen zu folgenden Themen:

Termine Januar 2006

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Realsplitting: Eingeschränkte Zustimmung

Freie Unterkunft oder freie Wohnung als Sachbezug ab 1.1.2006

Freie Verpflegung als Sachbezug ab 1.1.2006

Neue Beitragsbemessungsgrenzen und Änderung der Krankenversicherungspflichtgrenze ab 1. Januar 2006

Dauerfristverlängerung für Umsatzsteuer 2006 beantragen

Umlagepflicht soll ab 2006 ausgedehnt werden

Provisionen aus indirekter Vermittlung von Krediten und Wertpapieren

Zugewinnausgleich ist auch bei vertraglicher Beendigung des Güterstands nicht steuerbar

Berechnung des Stundungsbetrags bei Zuwendung begünstigten Vermögens

Zinsverzicht keine mittelbare Grundstücksschenkung

Steuerpflicht durch Einbringung eines Einzelunternehmens in eine mit Angehörigen gegründete Kapitalgesellschaft

Vereinbarung zur vorzeitigen Auflösung eines Beratervertrags ist eine sonstige Leistung

Unternehmereigenschaft des Erwerbers einer verpachteten Immobilie trotz anfänglichen

Verzichts auf Pachtzahlungen

Abrechnung verbrauchsabhängiger Mietnebenkosten

Kündigung eines Mietvertrags zur rentableren Verwertung der Wohnung

Wiederwahl eines Wohnungseigentumsverwalters bei fehlender Fachkompetenz

Kein Abzug von Aufwendungen für künstliche Befruchtung einer unverheirateten Frau

Aufwendungen für die Aufhebung und Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft im Zusammenhang mit einer Ehescheidung sind keine außergewöhnliche Belastung
Kindergeldberechtigung geschiedener Eltern, die beide dem Kind Unterhaltsrente leisten
Aufteilung von Kosten des Arbeitgebers für eine Auslandsdienstreise seiner Arbeitnehmer
Sonderzahlungen des Arbeitgebers bei Schließung einer Zusatzversorgungskasse kein steuerpflichtiger Arbeitslohn
Unentgeltliche Übertragung einer wesentlichen Beteiligung unter Nutzungsvorbehalt ist keine Veräußerung
Betriebsausgaben bei Ausbleiben erwarteter Aufwandsentschädigungen abzugsfähig
Ernährungsberatung nur auf ärztliche Anordnung umsatzsteuerfrei
Körperschaftsteuerrechtliche Umgliederungsvorschriften sind verfassungsgemäß
Erschließungszustand von Bauland für Steuerbemessung unerheblich
Aufhebung des pauschalen Vorsteuerabzugs auf Reisekosten rechters
Umsatzsteuerpflicht bei Abgabe von Speisen und Getränken durch Theater
Umlagepflicht für Kleinbetriebe
Annahmeverzug und Schadensersatz bei Schwerbehinderung
Kein Schadensersatz wegen unterlassenen Hinweises
Abschreibungszeitraum entgeltlich erworbener Vertreterrechte beträgt 15 Jahre
Bezeichnung "Darlehenskonto" führt nicht automatisch zur Einordnung als Fremdkapitalkonto
Gestellung von einheitlicher Kleidung kein Arbeitslohn
Steuerschädliche Verwendung einer zur Absicherung eines Avalkredits eingesetzten Lebensversicherung
Unfall im Ausland, Klage im Inland
Kostenloser PC für Schulfotoaktion muss nicht wettbewerbswidrig sein
Betreuer kann Abbruch künstlicher Ernährung erzwingen
Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung auf Grund Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen durch Einzelunternehmer
Wirtschaftliches Eigentum an Kapitalgesellschaftsanteilen
Steuerpflicht der Zinserträge bei nachträglicher Veränderung von Lebensversicherungsverträgen
Leistungen aus einer sofort beginnenden Leibrentenversicherung gegen Einmalzahlung
Verdeckte Einlage einer im Betriebsvermögen gehaltenen 100%-igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft
Inventur zum Ende des Geschäftsjahres

Mit freundlichen Grüßen

Schäfer

(Dr. Schäfer)
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

Termine Januar 2006

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung ¹	Scheck
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag ²	10.1.2006	13.1.2006	10.1.2006
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Ab dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer nach dem 31.12.2004 erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Umsatzsteuer ⁴	10.1.2006	13.1.2006	10.1.2006

¹ Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

² Für den abgelaufenen Monat, bei Vierteljahreszahlern für das abgelaufene Kalendervierteljahr.

³ Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat, bei Vierteljahreszahlern ohne Fristverlängerung für das abgelaufene Kalendervierteljahr.

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.7.2003:

Zeitraum	Basiszinssatz	Verzugszinssatz	Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung
1.7. bis 31.12.2003	1,22 %	6,22 %	9,22 %
1.1. bis 30.6.2004	1,14 %	6,14 %	9,14 %
1.7. bis 31.12.2004	1,13 %	6,13 %	9,13 %
1.1. bis 30.6.2005	1,21 %	6,21 %	9,21 %
1.7. bis 31.12.2005	1,17 %	6,17 %	9,17 %

Realsplitting: Eingeschränkte Zustimmung

Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden und unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Ehegatten können bis zu einem Betrag von 13.805 € im Jahr wie Sonderausgaben abgezogen werden. Voraussetzung ist, dass der Unterhaltsempfänger dem Antrag des Unterhaltsleistenden zustimmt. Eine einmal erteilte Zustimmung zum Realsplitting hat Dauerwirkung und kann nur vor Beginn eines Veranlagungszeitraums für die Zukunft widerrufen werden.

Der Bundesfinanzhof hat nunmehr klar gestellt, dass eine auf einen bestimmten Höchstbetrag festgelegte Zustimmung durch den Unterhaltsempfänger auch für die jeweiligen Folgejahre gilt, wenn die Beteiligten nicht vor Beginn eines Kalenderjahres eine Änderung beantragen.

Freie Unterkunft oder freie Wohnung als Sachbezug ab 1.1.2006

Die Gewährung freier Unterkunft oder freier Wohnung ist bei der Berechnung der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge zu berücksichtigen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen

freier Wohnung:

- Stellt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer eine Wohnung unentgeltlich zur Verfügung, ist der ortsübliche Mietpreis zu berücksichtigen. Für Nebenkosten ist der Endpreis am Abgabeort anzusetzen.
- Unter einer Wohnung ist eine geschlossene Einheit von Räumen zu verstehen, in denen ein selbstständiger Haushalt geführt werden kann.

freier Unterkunft:

- Werden Räume überlassen, die keine Wohnung sind, handelt es sich um eine Unterkunft.
- Ab dem 1.1.2006 gelten folgende Sachbezugswerte:

Sachbezugswert freie Unterkunft	Monat €	Kalendertag €
Alte Bundesländer	196,50	6,55
Neue Bundesländer einschl. Berlin-Ost	182,00	6,07

- Heizung und Beleuchtung sind in diesen Werten enthalten.
- Ist der Arbeitnehmer in den Haushalt des Arbeitgebers aufgenommen oder ist die Unterkunft mit mehreren Beschäftigten belegt, vermindern sich die Werte.

Freie Verpflegung als Sachbezug ab 1.1.2006

Erhalten Arbeitnehmer als Arbeitsentgelt Sachbezüge in Form von Verpflegung, richtet sich der Wert nach der Sachbezugsverordnung.

Die sich aus der Sachbezugsverordnung ergebenden Werte werden in die Berechnung der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge einbezogen.

Die freie Verpflegung umfasst die Mahlzeiten Frühstück, Mittagessen und Abendessen. Stellt der Arbeitgeber nicht alle Mahlzeiten zur Verfügung, ist der anteilige Sachbezugswert nur für die gewährte Mahlzeit anzusetzen. Für Jugendliche und Auszubildende gibt es keinen Abschlag mehr. Für Familienangehörige sind geringere Werte anzusetzen.

Ab dem 1.1.2006 gelten folgende Werte:

	Monat €	Kalendertag €
Werte für freie Verpflegung		
alle Mahlzeiten	202,70	6,76
Werte für teilweise Gewährung freier Verpflegung		
Frühstück	44,40	1,48
Mittag- u. Abendessen je	79,20	2,64

Bei der Gewährung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten im Betrieb sind für sämtliche Arbeitnehmer einheitlich anzusetzen:

- 1,48 € für das Frühstück
- 2,64 € für Mittag-/Abendessen.

Bei Gewährung von Essensmarken darf der Verrechnungswert maximal 5,74 € betragen.

Neue Beitragsbemessungsgrenzen und Änderung der Krankenversicherungspflichtgrenze ab 1. Januar 2006

Ab 1. Januar 2006 gelten folgende Werte in der Sozialversicherung:

	2006 jährlich €	2005 jährlich €	2006 monatlich €	2005 monatlich €	2006 täglich €	2005 täglich €
West						
Krankenversicherung	42.750,00	42.300,00	3.562,50	3.525,00	118,75	117,50
Pflegeversicherung	42.750,00	42.300,00	3.562,50	3.525,00	118,75	117,50
Rentenversicherung	63.000,00	62.400,00	5.250,00	5.200,00	175,00	173,34
Arbeitslosenversicherung	63.000,00	62.400,00	5.250,00	5.200,00	175,00	173,34
Ost						
Krankenversicherung	42.750,00	42.300,00	3.562,50	3.525,00	118,75	117,50
Pflegeversicherung	42.750,00	42.300,00	3.562,50	3.525,00	118,75	117,50
Rentenversicherung	52.800,00	52.800,00	4.400,00	4.400,00	146,67	146,67
Arbeitslosenversicherung	52.800,00	52.800,00	4.400,00	4.400,00	146,67	146,67

Die für die Beurteilung der Krankenversicherungspflicht geltenden Jahresarbeitsentgeltgrenzen betragen für die bei einer Krankenkasse versicherten Arbeitnehmer 47.250 €. Für die am 31.12.2002 in der Privaten Krankenversicherung versicherten Beschäftigten beträgt die Grenze 42.750 €.

Dauerfristverlängerung für Umsatzsteuer 2006 beantragen

Auf Grund der Abschaffung der so genannten Abgabe-Schonfrist für Umsatzsteuer-Voranmeldungen sowie der Verpflichtung, die Anmeldungen elektronisch zu übertragen, bietet sich ein Antrag auf Fristverlängerung ab 2006 auch für diejenigen an, die ihre Voranmeldungen bisher monatlich oder vierteljährlich abgegeben haben.

Voranmeldungszeitraum für die Umsatzsteuer ist

- das Kalendervierteljahr,
- der Kalendermonat, wenn die Steuer (Summe der Vorauszahlungen) des Jahres 2005 mehr als 6.136 € betragen hat.

Hat die Steuer im Vorjahr nicht mehr als 512 € betragen, kann das Finanzamt den Unternehmer von der Abgabe von Voranmeldungen und von der Entrichtung von Vorauszahlungen befreien.

Wenn sich im Jahr 2005 ein Vorsteuer-Überschuss von mehr als 6.136 € ergeben hat, kann durch Abgabe der Voranmeldung Januar 2006 oder eines Antrags auf Dauerfristverlängerung für 2006 bis zum 10.2.2006 der monatliche Voranmeldungszeitraum beibehalten werden.

Unternehmer, die ihre Umsatzsteuervoranmeldungen monatlich abgeben, können Fristverlängerung für 2006 in Anspruch nehmen, wenn sie bis zum 10.2.2006 einen Antrag beim Finanzamt stellen. Voranmeldungen und Vorauszahlungen sind dann jeweils einen Monat später fällig.

Die Fristverlängerung ist davon abhängig, dass eine Sondervorauszahlung in Höhe eines Elfteils der Summe der Vorauszahlungen für 2005 angemeldet und bis zum 10.2.2006 geleistet wird. Diese Sondervorauszahlung wird auf die am 10.2.2007 fällige Vorauszahlung für Dezember 2006 angerechnet.

Dies hat zur Folge, dass die o. a. Anmeldungen ab Voranmeldungszeitraum Januar 2006 grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldungszeitpunkt folgenden Monats abgegeben werden müssen. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag.

Vierteljahreszahler müssen keine Sondervorauszahlung entrichten. Für sie gilt die für ein Kalenderjahr genehmigte Fristverlängerung auch für die folgenden Kalenderjahre weiter, wenn sich die Verhältnisse nicht geändert haben. Ein erstmaliger Antrag ist in diesen Fällen bis zum 10.4.2006 zu stellen.

Die gewährte Dauerfristverlängerung gilt auch für die vierteljährlich abzugebenden Zusammenfassenden Meldungen. Ein einmal gestellter und genehmigter Antrag gilt so lange fort, bis der Unternehmer den Antrag zurücknimmt oder das Finanzamt die Fristverlängerung widerruft.

Für Unternehmer, die ihre berufliche oder gewerbliche Tätigkeit neu begründen, ist im Jahr der Aufnahme der Tätigkeit und im folgenden Jahr grundsätzlich der Kalendermonat Voranmeldungszeitraum.

Umlagepflicht soll ab 2006 ausgedehnt werden

Bisher mussten nur Unternehmen mit bis zu 20 oder bis zu 30 Beschäftigten im Rahmen des Lohnfortzahlungsgesetzes Umlagen zahlen. Im Gegenzug erhielten sie einen Teil der Aufwendungen erstattet, und zwar für:

- Umlage U1: Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall (außer für Angestellte)
- Umlage U2: Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld und
- Umlage U2: fortgezahlte Entgelte bei Beschäftigungsverboten.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Regelung über die Zahlung von Umlagen zum Mutterschaftsgeld (Umlage U2) für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber eine verfassungskonforme Neuregelung bis zum 31.12.2005 aufgetragen.

Nach dieser gilt ab dem 1.1.2006:

- Die Umlage U2 ist von sämtlichen Betrieben für alle männlichen und weiblichen Beschäftigten zu entrichten. Auf Antrag erhalten die Arbeitgeber die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Mutterschutzgesetz erstattet.
- Die Umlage U1 ist nur von Betrieben mit bis zu 30 Beschäftigten zu leisten, aber fortan auch für Angestellte. Auf Antrag werden die Aufwendungen für Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall erstattet. Die zuständigen Krankenkassen ermitteln und bestimmen zu Jahresbeginn, ob ein Arbeitgeber für die Dauer des Kalenderjahrs an dem Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen teilnimmt.
- Nahezu alle Krankenkassen sind zur Teilnahme am Umlageverfahren verpflichtet. Zuständig ist jeweils die Krankenkasse, bei der der Arbeitnehmer versichert ist. Die Höhe der Umlagen und der Prozentsatz der zu erstattenden Aufwendungen werden von den Krankenkassen festgesetzt.

Provisionen aus indirekter Vermittlung von Krediten und Wertpapieren

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs liegt keine umsatzsteuerfreie Kreditvermittlung vor, wenn ein selbstständiger Handelsvertreter mit einem freien Finanzdienstleister im Rahmen eines zwischen beiden geschlossenen Repräsentantenvertrags Finanzierungsverträge für Kunden einer Bank vorbereitet.

Wegen dieser Entscheidung ist ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Das Bundesministerium der Finanzen hatte bereits im Dezember 2004 eine Nichtbeanstandungsregelung für solche Umsätze verfügt, die nicht aus der Vermittlung von Krediten, sondern für die Vermittlung z. B. von Wertpapieren erzielt worden sind bzw. werden.

Diese Nichtbeanstandungsregelung war zunächst bis zum 31.12.2005 verlängert worden. Nunmehr hat das Bundesministerium der Finanzen diese Regelung „bis auf weiteres“ verlängert.

Zugewinnausgleich ist auch bei vertraglicher Beendigung des Güterstands nicht steuerbar

Der Anspruch auf Zugewinnausgleich unterliegt nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs nicht der Schenkungsteuer. Dabei ist unerheblich, ob der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vertraglich endet oder durch Scheidung oder Tod.

Selbst wenn die Zugewinnngemeinschaft bei Fortbestand der Ehe beendet und anschließend neu begründet wird, ist die Ausgleichsforderung nicht zu besteuern. Einzige Voraussetzung ist die Ermittlung der Ausgleichsforderung. Dies ist auch vom Schenkungsteuerrecht anzuerkennen (Bezahlung, Stundung o. ä.).

Berechnung des Stundungsbetrags bei Zuwendung begünstigten Vermögens

Behält sich der Übertragende von Betriebsvermögen das Gewinnbezugsrecht zurück, mindert der Kapitalwert des zurückbehaltenen Bezugsrechts den Wert des übertragenen Vermögens. Dies vermindert jedoch nicht die Bemessungsgrundlage der Schenkungsteuer.

Allerdings ist nicht der Gesamtbetrag sofort fällig. Die Differenz zwischen der Steuer ohne Berücksichtigung und der Steuer unter Berücksichtigung der Belastung wird bis zu deren Wegfall gestundet.

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs ist der Kapitalwert der Belastung bei steuerlich begünstigtem Vermögen nicht voll berücksichtigungsfähig. Ein Teil des Nutzungs- oder Bezugsrechts kann nicht abgezogen werden. Dieser errechnet sich aus dem Verhältnis zwischen dem Wert des insgesamt übertragenen Vermögens und dem nicht der Steuer unterliegenden Teil.

Zinsverzicht keine mittelbare Grundstücksschenkung

Eine mittelbare Grundstücksschenkung liegt vor, wenn mit einem geschenkten Geldbetrag ein bestimmtes Grundstück erworben oder bebaut werden soll. In diesem Fall wird nur der - eventuell auch anteilige - Wert des Grundstücks besteuert.

Voraussetzung für eine mittelbare Grundstücksschenkung ist, dass der Schenker den für den Grundstückskauf bestimmten Geldbetrag vor Abschluss des Kaufvertrags zusagt und spätestens bis zur Tilgung der Kaufpreisschuld auszahlt.

Wird der Geldbetrag auf unbestimmte Zeit als zinsloses Darlehen überlassen, stellt die Bereicherung in Höhe des kapitalisierten Werts des Zinsverzichts nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs keine mittelbare Grundstücksschenkung dar.

Steuerpflicht durch Einbringung eines Einzelunternehmens in eine mit Angehörigen gegründete Kapitalgesellschaft

Ein Einzelunternehmer (V) hatte mit Angehörigen eine GmbH gegründet. Die jeweiligen Stammeinlagen waren von den zukünftigen Gesellschaftern in bar zu erbringen. Noch am Tag der Gründung wurde in einem weiteren Vertrag

eine Kapitalerhöhung beschlossen. Die neue Stammeinlage übernahm V, er leistete sie durch Einbringung seines bisherigen Einzelunternehmens zu Buchwerten. Der den Wert der neuen Stammeinlage übersteigende Buchwert des Kapitalkontos aus dem Einzelunternehmen wurde V auf einem gesonderten Darlehenskonto gutgeschrieben. Das bisherige Einzelunternehmen verfügte über erhebliche stille Reserven.

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs wurden die Angehörigen auf Kosten des V bereichert. Seine in dem früheren Einzelunternehmen vorhandenen stillen Reserven sind durch die Einbringung des Unternehmens in die GmbH anteilig auf die Angehörigen übertragen worden. An den stillen Reserven war er nach der Einbringung nur noch entsprechend seinem Anteil am Stammkapital beteiligt. Durch die Einbringung zu Buchwerten hat V keine dem tatsächlichen Wert seines Einzelunternehmens entsprechende Gegenleistung erhalten. Als steuerpflichtig wurde für die Angehörigen der gemeine Wert ihrer GmbH-Anteile nach Einbringung des Einzelunternehmens durch V angesehen, und zwar nach Abzug ihrer jeweiligen Stammeinlage.

Vereinbarung zur vorzeitigen Auflösung eines Beratervertrags ist eine sonstige Leistung

Eine Anwaltssozietät hatte mit einer ärztlichen Gemeinschaftspraxis vereinbart, sie über einen Zeitraum von fünf Jahren in sämtlichen den Geschäftsbetrieb der Praxis betreffenden Angelegenheiten zu beraten. Es wurde ein jährliches Pauschalhonorar vereinbart. Bereits nach zwei Jahren kam es zwischen den Parteien zu einer Auflösungsvereinbarung. Darin verpflichtete sich die ärztliche Gemeinschaftspraxis zur Zahlung eines Schadensersatzes. Dieser wurde definiert als entgangener zukünftiger Gewinn auf Grund der vorzeitigen Auflösung des Vertragsverhältnisses. Die Anwaltssozietät sah in der Zahlung des Abfindungsbetrags einen nicht steuerbaren Schadensersatz.

Nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs handelte es sich bei dem Abfindungsbetrag um eine steuerpflichtige sonstige Leistung, die in dem entgeltlichen Verzicht auf eine bestehende Rechtsposition - hier der Rechte aus dem Anwaltsvertrag - bestand. Auf die von den Beteiligten verwendete Bezeichnung „Schadensersatz“ kommt es nicht an.

Unternehmereigenschaft des Erwerbers einer verpachteten Immobilie trotz anfänglichen Verzichts auf Pachtzahlungen

Eltern hatten ihrem Sohn S. eine verpachtete Gewerbe-Immobilie übertragen. Als Gegenleistung für die Grundstücksübertragung übernahm S. die auf dem Grundstück lastenden Verbindlichkeiten. Das Grundstück war an eine GmbH verpachtet. Daran war S. zum Zeitpunkt der Grundstücksübertragung zu 90 % beteiligt. Er trat als Rechtsnachfolger in den bestehenden Pachtvertrag ein.

Die GmbH hatte auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten schon längere Zeit keine Pachtzahlungen mehr an die Eltern geleistet. S. verzichtete bis auf weiteres auf Pachtzahlungen. Nur im Fall einer wesentlichen wirtschaftlichen Besserung bei der GmbH sollten die Pachtzahlungen wieder aufgenommen werden. Dazu kam es durch die Insolvenz der GmbH nicht mehr.

Das Finanzamt sah S. als Organträger der GmbH an und setzte ihm gegenüber Umsatzsteuer unter Einbeziehung der Umsätze der GmbH fest.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die Rechtsauffassung des Finanzamts. S. war durch die Verpachtung des Betriebsgrundstücks an die GmbH, seine 90 %-ige Beteiligung daran und dadurch, dass er ihr Geschäftsführer war, als deren Organträger anzusehen. Die Tätigkeit der Organgesellschaft (der GmbH) war dem Organträger (S.) zuzurechnen.

S. war auch als Unternehmer tätig. Dafür ist unerheblich, an wen entgeltliche Leistungen erbracht werden. Folglich können entgeltliche Leistungen auch gegenüber einer Organgesellschaft erbracht werden.

Die Eltern von S. hatten bereits durch die Verpachtung des Betriebsgrundstücks an die GmbH ein Unternehmen betrieben. Daran änderten auch langjährige Pachtrückstände nichts. S. hat dieses Verpachtungsunternehmen seiner Eltern übernommen und selbst fortgeführt. Die Übertragung erfolgte entgeltlich gegen Übernahme der auf dem Grundstück lastenden Verbindlichkeiten. Nur aus diesem Grund unterlag sie als Geschäftsveräußerung im Ganzen an einen anderen Unternehmer nicht der Umsatzsteuer.

Auch die zunächst unentgeltliche Grundstücksüberlassung an die GmbH stand der Unternehmereigenschaft des S. nicht entgegen. Der Vereinbarung lag die Absicht einer grundsätzlich entgeltlichen Verpachtung zu Grunde. Ein nur vorübergehend geplanter Verzicht auf ein Entgelt führt noch nicht dazu, eine nichtunternehmerische Tätigkeit zu unterstellen. Vielmehr müssen dann Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Unternehmer keine wirtschaftliche Tätigkeit aufnehmen will. Im Urteilsfall wurde das von den Eltern erworbene Unternehmen fortgeführt. Es bestand nämlich die Absicht, die entgeltliche Vermietungstätigkeit nach einer Besserung der wirtschaftlichen Situation der GmbH fortzusetzen.

Abrechnung verbrauchsabhängiger Mietnebenkosten

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall stritten Vermieter und Mieter über die Rechtsfolgen fehlender Messgeräte bei der Berechnung verbrauchsabhängiger Nebenkosten.

Soweit die Kosten der Versorgung mit Wärme und Warmwasser nicht verbrauchsabhängig abgerechnet werden, sieht die Heizkostenverordnung einen sog. Strafabschlag für diese Nebenkostenpositionen vor. Auf diese Vorschrift berief sich der Mieter und begehrte sowohl für die Wärme- als auch die Warmwasserversorgung insgesamt einen Strafabschlag, weil lediglich Messgeräte für den Wärmeverbrauch vorhanden waren. Dieser Ansicht schloss sich das

Gericht jedoch nicht an. Der Vermieter hat zu Recht den Strafabschlag nach der Heizkostenverordnung wegen fehlender Messeinrichtungen lediglich bei den Kosten für Warmwasser vorgenommen. Das Kürzungsrecht greift nur, soweit Kosten nicht verbrauchsabhängig abgerechnet werden und schlägt nicht einheitlich auf alle verbrauchsabhängigen Kosten durch.

Kündigung eines Mietvertrags zur rentableren Verwertung der Wohnung

Kündigt der Vermieter das Mietverhältnis, weil mit einer vermieteten Wohnung bei der Veräußerung ein erheblich geringerer Kaufpreis zu erzielen ist, so ist für die Wirksamkeit der Kündigung dieser Nachteil anhand der Marktverhältnisse konkret nachzuweisen.

Diese Entscheidung hat das Oberlandesgericht Stuttgart getroffen. In dem entschiedenen Fall hatte eine Erbengemeinschaft eine vermietete Wohnung erworben. Um diese besser verwerten zu können, wurde das bestehende Mietverhältnis gekündigt. Nach Auffassung des Gerichts war die Kündigung jedoch unwirksam, da kein berechtigtes Interesse der Gemeinschaft an der Beendigung des Mietvertrags bestand. Ein solches Interesse besteht nur, wenn der Vermieter die Wohnung im vermieteten Zustand entweder überhaupt nicht oder nur wirtschaftlich unangemessen zu einem niedrigeren als dem angestrebten Kaufpreis verwerten könnte, so dass ein Verkauf wirtschaftlich sinnlos erscheint und der Kündigungsschutz des Mietverhältnisses damit zum faktischen Verkaufshindernis wird. Diese Situation sah das Gericht aber als nicht gegeben an.

Wiederwahl eines Wohnungseigentumsverwalters bei fehlender Fachkompetenz

Ein Eigentümerbeschluss über die Wiederwahl eines Verwalters widerspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Verwaltung und ist unwirksam, wenn das Registergericht gravierende Defizite der Jahresabrechnung festgestellt hat und diese in der nächsten Abrechnungsperiode durch den Verwalter nicht ausgeräumt werden.

In dem vom Oberlandesgericht Düsseldorf entschiedenen Fall hatte ein Eigentümer die Wiederwahl des Verwalters beanstandet, da die von diesem vorgelegte Jahresabrechnung in erheblichem Maße fehlerbehaftet war, wie das Registergericht festgestellt hatte. Nach Ansicht des Gerichts widerspricht bei dieser Fallkonstellation der beanstandete Beschluss der Gemeinschaft den Grundsätzen ordnungsgemäßer Verwaltung. In der Person des Gewählten liege ein wichtiger Grund gegen seine Bestellung vor. Wegen der fehlenden Fachkenntnisse des Verwalters ist eine Zusammenarbeit mit diesem unzumutbar und das erforderliche Vertrauensverhältnis zur Gemeinschaft gestört; die vorliegenden Umstände lassen ihn als unfähig oder ungeeignet für das Amt erscheinen.

Kein Abzug von Aufwendungen für künstliche Befruchtung einer unverheirateten Frau

In Fortführung seiner bisherigen Rechtsprechung zu Aufwendungen für eine künstliche Befruchtung hat sich der Bundesfinanzhof zum Fall einer unverheirateten Frau geäußert. Die geltend gemachten Kosten wurden wegen fehlender Zwangsläufigkeit nicht zum Abzug zugelassen.

Nach den Ausführungen des Gerichts gehören Krankheits- und Heilbehandlungskosten zu den typischen abzugsfähigen Aufwendungen. Bei der Frage, ob eine künstliche Befruchtung als Heilbehandlungsmaßnahme im weiteren Sinne anzusehen ist, sind verfassungsrechtliche Grundsätze zu beachten. Da das Grundgesetz nicht nur die Ehe, sondern auch die gemeinsame Entscheidung eines Ehepaares für eigene Kinder unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt, kann die künstliche Befruchtung einer verheirateten Ehefrau unter bestimmten Voraussetzungen als Heilbehandlung angesehen werden. Diese Grundsätze gelten jedoch nicht für eine nichteheliche Lebensgemeinschaft, so dass es insoweit an einer der Grundvoraussetzungen für den Abzug solcher Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung fehlt.

Aufwendungen für die Aufhebung und Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft im Zusammenhang mit einer Ehescheidung sind keine außergewöhnliche Belastung

Zu den als außergewöhnliche Belastung abzugsfähigen Aufwendungen zählen auch die Kosten für eine Ehescheidung. Zwei Urteile des Bundesfinanzhofs zwingen nunmehr zu einer differenzierteren Betrachtung dieser Aufwendungen.

In beiden Fällen ging es um Aufwendungen für die Aufhebung und Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft sowie um die Kosten eines Teilvergleichs über eine Vermögensauseinandersetzung. Nach den Ausführungen des Gerichts sind die Aufwendungen für die Regelung von Scheidungsfolgesachen, auch wenn sie auf Antrag zusammen mit der Scheidungssache zu verhandeln sind, nicht unmittelbar oder unvermeidbar mit der Ehescheidung im Zusammenhang stehend anzusehen. Nur der in den Zwangsverbund eines Ehescheidungsverfahrens fallende Versorgungsausgleich fällt unter den Begriff „Ehescheidungskosten“. Die auf so genannte Folgesachen entfallenden Prozesskosten gelten als nicht unvermeidbar und deshalb auch nicht als zwangsläufig.

Kindergeldberechtigung geschiedener Eltern, die beide dem Kind Unterhaltsrente leisten

Zahlen geschiedene Eltern ihrem Kind, das in einem selbstständigen Haushalt lebt, jeweils eine Unterhaltsrente, hat Anspruch auf Kindergeld, wer die höhere Unterhaltsrente leistet. Dabei bleibt das Kindergeld selbst, das der empfangsberechtigte Elternteil an das Kind als Unterhalt weiter geleitet hat, für diese Feststellung außer Betracht.

In dem dieser Entscheidung des Bundesfinanzhofs zu Grunde liegenden Fall zahlte der Vater an den in einer eigenen Wohnung lebenden Sohn 525 DM, die Mutter 600 DM. Die Zahlung der Mutter beinhaltete auch das Kindergeld i. H. v. 250 DM. Damit betrug deren eigener Unterhaltsbeitrag lediglich 350 DM. Die Unterhaltsleistung des Vaters war somit höher, so dass dieser auch zum Empfang des Kindergelds berechtigt war.

Aufteilung von Kosten des Arbeitgebers für eine Auslandsdienstreise seiner Arbeitnehmer

In Abkehr von den bisherigen Grundsätzen zum so genannten Aufteilungsverbot hat der Bundesfinanzhof die Aufteilung von Sachzuwendungen an Arbeitnehmer in Arbeitslohn und betriebliche Aufwendungen grundsätzlich gebilligt.

In dem betreffenden Fall führte die Firma eine mehrtägige Tagung für ihre Mitarbeiter in Portugal durch. Da neben dem eigentlichen Tagungsprogramm verschiedene Freizeitveranstaltungen durchgeführt wurden, sah das Finanzamt die gesamten entstandenen Aufwendungen als Arbeitslohn der Mitarbeiter an. Dieser Handhabung hat das Gericht widersprochen und eine Aufteilung der entstandenen Kosten vorgenommen. Nach dieser nunmehr gefestigten Rechtsprechung gilt die Aufteilungsmöglichkeit bei gemischt veranlassten Aufwendungen sowohl für Werbungskosten als auch für Arbeitslohn.

Sonderzahlungen des Arbeitgebers bei Schließung einer Zusatzversorgungskasse kein steuerpflichtiger Arbeitslohn

Wird die Altersversorgung von Arbeitnehmern vom Umlage- auf ein beitragsfinanziertes System umgestellt, stellen Sonderzahlungen an eine Zusatzversorgungskasse keinen Arbeitslohn dar.

In diesem sicher besonders gelagerten Fall ging es um eine Deckungslücke, die auf Grund einer mathematischen Berechnung beim Systemübergang festgestellt wurde. Für diese Deckungslücke zahlte der Arbeitgeber eine größere Summe in die Versorgungskasse ein. Nach der hierzu ergangenen Grundsatzentscheidung des Bundesfinanzhofs dienen solche Ausgaben nicht der Finanzierung von neuen Anwartschaften, sondern bereits laufender Renten sowie unverfallbarer Ansprüche von Arbeitnehmern. Insoweit fehlt es auch an dem für eine Besteuerung erforderlichen Entlohnungscharakter dieser Aufwendungen.

Unentgeltliche Übertragung einer wesentlichen Beteiligung unter Nutzungsvorbehalt ist keine Veräußerung

Die Übertragung einer wesentlichen Beteiligung unter Vorbehalt eines Nießbrauchsrechts im Wege der vorweggenommenen Erbfolge ist keine Veräußerung. Eine Veräußerung liegt nach Ansicht des Bundesfinanzhofs auch dann nicht vor, wenn das Nießbrauchsrecht später abgelöst wird und der Nießbraucher für seinen Verzicht eine Abstandszahlung erhält. Voraussetzung ist allerdings, dass bei der Übertragung im Wege der vorweggenommenen Erbfolge der spätere entgeltliche Verzicht nicht bereits geplant war.

Betriebsausgaben bei Ausbleiben erwarteter Aufwandsentschädigungen abzugsfähig

Aufwandsentschädigungen für bestimmte nebenberufliche Tätigkeiten sind bis zu 1.848 € p. a. steuerfrei. Aufwendungen im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen dürfen nicht als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden, weil sonst ein doppelter steuerlicher Vorteil erzielt würde.

Der Bundesfinanzhof entschied, dass Betriebsausgaben für eine beabsichtigte steuerfreie nebenberufliche Tätigkeit dann geltend gemacht werden können, wenn diese nicht ausgeführt wird.

Eine Frau war als Kursleiterin an der Volkshochschule verpflichtet worden. Zur Vorbereitung hatte sie Aufwendungen von 1.700 €. Wegen einer Krankheit konnte sie die Stelle aber nicht antreten und hatte deshalb keine Einnahmen. Dennoch wurden die Aufwendungen steuerlich geltend gemacht, was das Finanzamt ablehnte.

Ernährungsberatung nur auf ärztliche Anordnung umsatzsteuerfrei

Ernährungsberatung ist nur im Rahmen einer medizinischen Behandlung und auf ärztliche Anordnung umsatzsteuerfrei. Das hat der Bundesfinanzhof entschieden.

Heilbehandlungen müssen der Vorbeugung, Diagnose, Behandlung und, soweit möglich, der Heilung von Krankheiten oder Gesundheitsstörungen bei Menschen dienen. Leistungen, die keinen unmittelbaren Krankheitsbezug haben und nur den allgemeinen Gesundheitszustand verbessern, sind keine umsatzsteuerfreien Heilbehandlungen.

Körperschaftsteuerrechtliche Umgliederungsvorschriften sind verfassungsgemäß

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs sind die Vorschriften zur Umgliederung des verwendbaren Eigenkapitals (vEK) einer Kapitalgesellschaft beim Wechsel vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren verfassungsgemäß. Die Kapitalgesellschaft verlor unter Umständen Körperschaftsteuerminderungspotenzial, weil das mit 45 % Körperschaftsteuer belastete Eigenkapital in mit 40 % belastetes Eigenkapital umgegliedert wurde. Während bei Gewinnausschüttungen aus dem sog. vEK 45 die Körperschaftsteuer um 15/55 des Ausschüttungsbetrags gemindert wurde, ergab sich beim vEK 40 noch eine Körperschaftsteuerminderung um 1/6, also ein Verlust von etwa 10 %.

Der Bundesfinanzhof meint, der Gesetzgeber habe mit den Regelungen zur Umgliederung seinen Gestaltungsspielraum nicht überschritten. Die betroffenen Gesellschaften hätten den Verlust von Körperschaftsteuerminderungspotenzial durch rechtzeitiges Ausschütten des vEK 45 vermeiden können.

Erschließungszustand von Bauland für Steuerbemessung unerheblich

Hat der Gutachterausschuss einen Bodenrichtwert für erschließungsbeitragspflichtiges Bauland festgesetzt, so ist dieser bei der Bemessung von Erbschaft- und Schenkungsteuer zwingend anzusetzen. Entgegen der Ansicht der Finanzverwaltung kommt es nach Auffassung des Bundesfinanzhofs nicht auf den tatsächlichen Erschließungszustand des Grundstücks an. Das Gericht verwarf deshalb die Berechnung des Finanzamts, das neben dem Bodenrichtwert bei der Wertermittlung zusätzlich Beträge für die bereits hergestellten Erschließungsanlagen (Kanal, Wasser und Straße) angesetzt hatte.

Hat der Gutachterausschuss für ein Gebiet nur eine Wertspanne angegeben, muss das Finanzamt dort einen konkreten Wert erfragen. Wird kein konkreter Wert mitgeteilt, ist nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs der unterste Wert der Wertspanne anzusetzen.

Aufhebung des pauschalen Vorsteuerabzugs auf Reisekosten rechters

Zum 1.4.1999 wurde der pauschale Vorsteuerabzug aus Reisekosten abgeschafft. Seitdem kann nur der Unternehmer Vorsteuer abziehen, der eine Rechnung mit Umsatzsteuerausweis eines anderen Unternehmers besitzt. Dies entspricht den allgemeinen Regeln zum Vorsteuerabzug.

Die Aufhebung des pauschalen Vorsteuerabzugs ist nach Auffassung des Bundesfinanzhofs mit dem Europäischen Gemeinschaftsrecht vereinbar. Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich zwar bei Einführung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems eine Ausnahme zum pauschalen Vorsteuerabzug aus Reisekosten genehmigen lassen, ist aber nicht verpflichtet, dies beizubehalten.

Umsatzsteuerpflicht bei Abgabe von Speisen und Getränken durch Theater

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass die Abgabe von Speisen und Getränken durch ein Theater regelmäßig keine steuerfreie Nebenleistung zur von der Umsatzsteuer befreiten Theaterleistung darstellt. Zwar erwarteten die Besucher die Abgabe von kleinen Speisen, Getränken und Süßwaren, dies rechtfertigt aber nicht, dieses Angebot als unerlässliche Nebenleistung zur Theaterleistung anzusehen. Das Theater trete in unmittelbaren Wettbewerb zu gewerblichen Unternehmen wie Caterern, selbst dann, wenn die Abgabe nur an Theaterbesucher erfolgt. Die Einnahmen unterliegen dem Regelsteuersatz von derzeit 16 %.

Offen gelassen hat der Bundesfinanzhof, wann die Einnahmen von so untergeordneter Bedeutung sind, dass sie doch steuerfrei sind. In den vom Gericht entschiedenen Fällen machten die Einnahmen hieraus ca. 7 % bzw. 11 % der Gesamteinnahmen aus.

Hinweis: Untergeordnete Bedeutung dürfte nur vorliegen, wenn die Einnahmen sowohl relativ als auch absolut äußerst geringfügig ausfallen.

Umlagepflicht für Kleinbetriebe

Arbeitgeber unterliegen auch dann der für Kleinbetriebe geltenden Umlagepflicht nach dem Lohnfortzahlungsgesetz, wenn sie in der Regel nicht mehr als 20 Vollzeit- oder Halbtagskräfte, jedoch eine Vielzahl von Arbeitnehmern beschäftigen, die maximal zehn Stunden in der Woche arbeiten. Dies hat jüngst das Bundessozialgericht im Fall eines Betriebs entschieden, der Anzeigenblätter vertrieb. In diesem Betrieb wurden eine Vollzeitkraft und eine Halbtagskraft beschäftigt sowie 800 bis 1.000 Teilzeitkräfte, die zwischen 2,5 und 4,5 Wochenstunden für die Klägerin tätig waren.

Ursprünglich, so führte das Gericht aus, seien Teilzeitbeschäftigte mit geringer Stundenzahl bei der Feststellung eines Kleinbetriebs unberücksichtigt geblieben, weil ihnen im Krankheitsfall kein Anspruch auf Lohnfortzahlung zustand. Zwar habe sich diese Rechtslage durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesarbeitsgerichts sowie durch Entscheidungen des Gesetzgebers inzwischen geändert, trotzdem habe der Gesetzgeber dies nicht zum Anlass genommen, den Begriff des der Umlagepflicht unterliegenden Kleinbetriebs zu verändern. Dies sei auch nicht willkürlich, weil der Zweck der Kleinbetriebsklausel stets gewesen sei, den Kreis der in die Lohnfortzahlungsversicherung einbezogenen Arbeitnehmer zu erweitern und Einstellungshemmnisse für Teilzeitbeschäftigte zu beseitigen.

Die am Umlageverfahren beteiligten Betriebe haben nicht nur Umlagen zu zahlen, sondern können auch Erstattung ihrer Aufwendungen für die Lohnfortzahlungen verlangen.

Annahmeverzug und Schadensersatz bei Schwerbehinderung

Arbeitgeber müssen die Arbeitsplätze schwer Behinderter behinderungsgerecht ausgestalten. Wenn sie dieser Pflicht schuldhaft nicht nachkommen, müssen sie Schadensersatz leisten. Diese Pflicht besteht nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts nicht, wenn die behindertengerechte Einrichtung des Arbeitsplatzes dem Arbeitgeber unzumutbar oder wenn sie mit unverhältnismäßigen Aufwendungen verbunden ist.

Auf Schadensersatz geklagt hatte ein zu 50 % behinderter städtischer Arbeiter, der wegen einer Kniegelenksprothese nicht mehr als 15 Kilogramm heben oder tragen durfte. Die Stadt lehnte seine weitere Beschäftigung mit der Begründung ab, er könne wegen seiner Behinderung seine Arbeitspflicht nicht erfüllen.

Die auf Annahmeverzug gestützte Klage des Arbeiters hatte in zwei Instanzen keinen Erfolg. Anders die Revision beim Bundesarbeitsgericht. Dieses verwies deshalb den Rechtsstreit an das Berufungsgericht zurück, wo nun zu entscheiden sein wird, ob der Arbeitgeber verpflichtet war, dem Arbeitnehmer einen behindertengerechten Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.

Kein Schadensersatz wegen unterlassenen Hinweises

Weist ein Arbeitgeber seine Beschäftigten vor der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses nicht darauf hin, dass sie sich unverzüglich nach Kenntnis des Beendigungszeitpunkts bei der Agentur für Arbeit arbeitssuchend melden müssen und verlieren sie dadurch Ansprüche auf Arbeitslosengeld, so begründet diese Pflichtverletzung des Arbeitgebers keinen Schadensersatzanspruch der Arbeitnehmer. Dies hat jüngst das Bundesarbeitsgericht entschieden.

Danach dient die Hinweispflicht des Arbeitgebers der Verbesserung des Zusammenwirkens von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Agenturen für Arbeit und nicht dem Schutz des Vermögens der Arbeitnehmer.

Abschreibungszeitraum entgeltlich erworbener Vertreterrechte beträgt 15 Jahre

Der entgeltlich erworbene Geschäfts- oder Firmenwert ist dem abnutzbaren Anlagevermögen zuzuordnen. Die Anschaffungskosten sind abzuschreiben. Das Einkommensteuergesetz setzt bei gewerblichen Unternehmen eine (fiktive) betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 15 Jahren fest. Die Abschreibung kann weder nach einem kürzeren noch nach einem längeren Zeitraum bemessen werden. Allenfalls ist eine Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert möglich.

Das Niedersächsische Finanzgericht entschied, dass das von einem Vorgänger entgeltlich erworbene Recht auf einen bestimmten Vertreterbezirk ein geschäftswertähnliches Wirtschaftsgut ist. Es ist die Abschreibungsdauer von 15 Jahren zu Grunde zu legen. Die kürzere Abschreibungsdauer, die für den Erwerb eines freiberuflichen Praxiswerts Anwendung findet, kann ein Handelsvertreter, der ein gewerbliches Unternehmen betreibt, nicht in Anspruch nehmen.

Der Bundesfinanzhof muss nun abschließend entscheiden.

Bezeichnung "Darlehenskonto" führt nicht automatisch zur Einordnung als Fremdkapitalkonto

Bei Kommanditisten und anderen Mitunternehmern, deren Haftung beschränkt ist, sind Verluste grundsätzlich nur in Höhe ihres Kapitalkontos mit den übrigen Einkünften ausgleichsfähig. Weitergehende Verluste können nur mit späteren Gewinnen aus derselben Beteiligung verrechnet werden.

Von entscheidender Bedeutung ist also die Höhe des Kapitalkontos. Kapitalkonto im Sinn dieser Vorschrift ist das Kapitalkonto des einzelnen Kommanditisten in der Steuerbilanz der Kommanditgesellschaft (einschließlich Ergänzungsbilanzen).

Das Finanzgericht Köln stellt in einem Urteil klar, dass es auf die Bezeichnungen einzelner Konten nicht ankommt. Wird z. B. in der Rechnungslegung ein Verrechnungskonto zwischen dem Kommanditisten und der Gesellschaft als „Darlehenskonto“ geführt, führt dies nicht automatisch zur Einordnung als Fremdkapitalkonto. Entscheidend ist nach diesem Urteil vielmehr, welchen zivilrechtlichen Charakter die einzelnen Konten haben. Wird das so bezeichnete „Darlehenskonto“ nach den gesellschaftsvertraglichen Regelungen wie ein Eigenkapitalkonto behandelt, stellt es ein Kapitalkonto dar. Ein Verlustausgleich ist folglich auch in Höhe dieses „Darlehenskontos“ möglich.

Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesfinanzhof diese Auffassung bestätigt.

Gestellung von einheitlicher Kleidung kein Arbeitslohn

Stattet ein Arbeitgeber seine Arbeitnehmer unentgeltlich oder verbilligt mit der im Beruf benötigten Kleidung aus, kann steuerpflichtiger Arbeitslohn vorliegen. Es ist zu unterscheiden, ob typische Berufskleidung oder bürgerliche Kleidung überlassen wird. Zur typischen Berufskleidung gehören Arbeitsschutzkleidung oder uniformartige - z. B. durch Firmenemblem gekennzeichnete - Kleidung. Die private Mitbenutzung muss so gut wie ausgeschlossen sein. Schutzhelme, Arbeitswesten, sog. Blaumänner, Kittel und Arbeitsschuhe sind typische Berufskleidung. Die nicht zu Arbeitslohn führende Überlassung durch den Arbeitgeber ist möglich.

Steuerpflichtiger Arbeitslohn ist nach Ansicht der Finanzverwaltung der Ersatz der Aufwendungen für sog. bürgerliche Kleidung. Das sind Kleidungsstücke, die auch außerhalb des Berufs getragen werden können. Allein die Möglichkeit, diese Kleidungsstücke auch privat tragen zu können, reicht schon aus.

Richtungsweisend könnte ein Urteil des Finanzgerichts Berlin sein: Stellt ein Arbeitgeber seinen Mitarbeitern kostenlos Hemden, Blusen, Krawatten, Pullunder, Strickjacken und Halstücher im betrieblichen Interesse zur Verfügung, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu erreichen, liegt kein lohnsteuerpflichtiger geldwerter Vorteil vor. Die Möglichkeit, dass die Kleidung auch privat getragen werden kann, führt nach diesem Urteil ebenfalls nicht zu steuerpflichtigem Arbeitslohn.

Da zu diesem Thema unterschiedliche Auffassungen verschiedener Finanzgerichte vorliegen, muss der Bundesfinanzhof die endgültige Entscheidung treffen.

Steuerschädliche Verwendung einer zur Absicherung eines Avalkredits eingesetzten Lebensversicherung

Beiträge zu Lebensversicherungen, die im Erlebensfall der Sicherung oder Tilgung eines Darlehens dienen („Policendarlehen“), sind nur unter besonderen Voraussetzungen als Sonderausgaben abzugsfähig. Es sollen nur Lebensversicherungen begünstigt sein, die der Altersvorsorge dienen. Dient eine Lebensversicherung der Tilgung eines Darlehens, dessen Finanzierungskosten (Zinsen) Betriebsausgaben oder Werbungskosten sind, ist grundsätzlich kein Sonderausgabenabzug für die Lebensversicherungsbeiträge möglich. Außerdem sind die Zinsen aus diesen Versicherungen bei Auszahlung nicht steuerfrei.

Die Steuerschädlichkeit tritt nicht ein, wenn das Policendarlehen unmittelbar zur Finanzierung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens verwendet wird, die auf Dauer der Einkunftserzielung dienen. Auch die Finanzierung von Mietwohngrundstücken ist steuerunschädlich möglich. Allerdings muss das Policendarlehen ausschließlich für begünstigte Investitionen verwendet werden. Werden gleichzeitig auch nicht begünstigte Aufwendungen von mehr als 2.556 € finanziert, ist dies steuerschädlich.

Unschädlich ist auch, wenn die Lebensversicherung nur für den Todesfall oder erst nach Vertragsablauf mit einem Darlehen verknüpft wird. Policendarlehen sind nicht vom Sonderausgabenabzug ausgeschlossen, wenn damit private Anschaffungen finanziert werden. Zinsen für Darlehen, die nicht der Einkunftserzielung dienen, sind keine Betriebsausgaben oder Werbungskosten. Deshalb greifen hier die Beschränkungen nicht. Policendarlehen zur Finanzierung von Immobilien, die ausschließlich zu eigenen Wohnzwecken genutzt werden, sind auch steuerunschädlich.

Das Finanzgericht München hatte die Frage zu entscheiden, ob ein Avalkredit einem Darlehen gleich steht. Das Gericht bejaht dies: Wird ein Avalkredit gegenüber der Bank durch Abtretung und Beleihung von Lebensversicherungsansprüchen abgesichert, führt das zu einer steuerschädlichen Verwendung der Lebensversicherung und zu einer Steuerpflicht der Zinsen aus den Sparanteilen der Lebensversicherung. Ein Sonderausgabenabzug der Lebensversicherungsbeiträge ist nicht möglich.

Der Bundesfinanzhof muss sich nun mit dem Thema befassen.

Hinweis: Wegen der Kompliziertheit der Vorschriften sollte vor entsprechenden Gestaltungen stets der Rat des Steuerberaters eingeholt werden. Es sind auch die Änderungen durch das Alterseinkünftegesetz zu beachten.

Unfall im Ausland, Klage im Inland

Ein deutscher Staatsbürger hatte in den Niederlanden einen Verkehrsunfall mit einem einheimischen Pkw-Fahrer und verklagte vor einem deutschen Amtsgericht dessen niederländischen Haftpflichtversicherer auf Zahlung von Schadensersatz. Das Amtsgericht wies die Klage als unzulässig ab, weil die deutschen Gerichte international unzuständig seien.

Zu Unrecht, befand das Oberlandesgericht Köln. Danach kann ein deutscher Unfallgeschädigter nach einem Verkehrsunfall mit dem Angehörigen eines anderen EU-Staates die Klage gegen den ausländischen Haftpflichtversicherer seines Unfallgegners nicht nur im Ausland, sondern auch vor deutschen Gerichten erheben. Das Gericht beruft sich dabei auf zwei Vorschriften einer EG-Verordnung vom Dezember 2000 sowie auf eine im Mai 2005 erlassene EU-Richtlinie.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Rechtsfrage wurde die Revision zugelassen, der Bundesgerichtshof hat nun das letzte Wort.

Kostenloser PC für Schulfotoaktion muss nicht wettbewerbswidrig sein

Eine gewerbliche Fotografin überließ Schulen kostenlos einen PC, falls diese im Gegenzug eine Schulfotoaktion organisierte. Dabei wurden die Schüler in der Schule fotografiert und die Fotos den Eltern und Schülern zum Kauf angeboten.

Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs nahm die Fotografin durch ihr Angebot nicht wettbewerbswidrig auf die Entscheidungen der Schule, der Schüler oder der Eltern Einfluss. Es ist allein Sache des Schulträgers und der Schulleitung abzuwägen, ob die Durchführung des Fototermins dem schulischen Interesse entspricht.

Betreuer kann Abbruch künstlicher Ernährung erzwingen

Der Betreuer kann in Abstimmung mit dem behandelnden Arzt verlangen, die künstliche Ernährung eines einwilligungsunfähigen Patienten einzustellen. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs darf das Pflegeheim diesem Begehren weder den Heimvertrag noch die Gewissensfreiheit des Pflegepersonals entgegensetzen.

Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung auf Grund Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen durch Einzelunternehmer

Ehegatten, die Miteigentümer einer Bruchteilsgemeinschaft waren, vermieteten zwei Grundstücke an ein Autohaus. Das Autohaus wurde in der Rechtsform einer Kommanditgesellschaft betrieben, deren Gesellschaftsanteile den Ehegatten gehörten. Ein weiteres Grundstück wurde nur von der Ehefrau an das Autohaus vermietet. Die Eheleute sahen in der Vermietung eine mitunternehmerische Betriebsaufspaltung und ordneten die Grundstücke dem Sonderbetriebsvermögen einer Besitzgesellschaft zu.

Der Bundesfinanzhof konnte den Fall nicht abschließend klären, gab jedoch wichtige Hinweise für die Behandlung der Betriebsaufspaltung:

- Vermieten Miteigentümer einer Bruchteilsgemeinschaft ein Grundstück als wesentliche Betriebsgrundlage an eine von ihnen beherrschte Betriebsgesellschaft, so ist regelmäßig von einer konkludent entstandenen Gesellschaft bürgerlichen Rechts auszugehen. Diese wird in der Funktion einer Besitzpersonengesellschaft durch Vermietung tätig. Die vermieteten Grundstücke sind steuerlich kein Gesamthandsvermögen. Sie stellen Sonderbetriebsvermögen der Gesellschafter bei der Besitzpersonengesellschaft dar.
- Vermietet ein Gesellschafter einer Besitzpersonengesellschaft zusätzlich ihm alleine gehörende Wirtschaftsgüter an eine Betriebspersonengesellschaft, dann stellen diese Wirtschaftsgüter steuerlich Sonderbetriebsvermögen dieses Gesellschafters bei der Betriebspersonengesellschaft dar. Es erfolgt keine Zuordnung zum Sonderbetriebsvermögen der Besitzpersonengesellschaft.
- Überlässt ein Einzelgewerbetreibender eine wesentliche Betriebsgrundlage an eine von ihm beherrschte Personengesellschaft, dann gehört das Wirtschaftsgut steuerlich zu seinem Sonderbetriebsvermögen bei der nutzenden Personengesellschaft. Überlässt er das Wirtschaftsgut der Betriebspersonengesellschaft, dann entsteht sein Sonderbetriebsvermögen bei dieser Gesellschaft. Sein Sonderbetriebsvermögen entsteht bei der Besitzpersonengesellschaft, wenn er das Wirtschaftsgut der Besitzpersonengesellschaft überlässt. Das Urteil gewährt somit ein Gestaltungswahlrecht.

Wirtschaftliches Eigentum an Kapitalgesellschaftsanteilen

Ein Freiberufler erwarb für eine Mark alle Anteile einer GmbH. Seiner Ehefrau, einem Dritten und dessen Tochter gewährte er atypische Unterbeteiligungen von insgesamt 25 %. Ein Jahr später veräußerte er alle Anteile für 3,25 Millionen DM und überwies den Unterbeteiligten den ihnen zustehenden Anteil. Das zuständige Finanzamt besteuerte den Gesamterlös beim Hauptbeteiligten.

Der Bundesfinanzhof stellte fest, dass es auf die wirtschaftliche und nicht auf die rechtliche Inhaberschaft an den Kapitalgesellschaftsanteilen ankommt. Dies gilt auch für atypisch Unterbeteiligte. Diese sind nur dann wirtschaftliche Eigentümer, wenn ihnen im Innenverhältnis die selben Rechte wie dem Hauptbeteiligten zustehen und sie diese Rechte auch wahrnehmen.

Unter diesen Bedingungen kann auch bei kurzen Haltezeiten die steuerliche Zurechnung anerkannt werden. Im Rahmen des Halbeinkünfteverfahrens erhalten die Unterbeteiligten dann die hälftige Steuerbefreiung für die Anteilsveräußerung.

Hinweis: Die tatsächliche Ausübung der Rechte der Unterbeteiligten in der Innengesellschaft sollte durch Protokolle und Gesellschafterbeschlüsse dokumentiert werden.

Steuerpflicht der Zinserträge bei nachträglicher Veränderung von Lebensversicherungsverträgen

Ein Unternehmer hatte für seine Mitarbeiter Direktversicherungen mit Laufzeiten von 13 und 16 Jahren abgeschlossen. In den Versicherungsverträgen waren keine Änderungsmöglichkeiten vorgesehen. Auf Wunsch des Unternehmers ging ein Mitarbeiter drei Jahre später als geplant in den Ruhestand. Der bestehende Versicherungsvertrag wurde deshalb um drei Jahre verlängert. Das Finanzamt ging nicht von einer Vertragsverlängerung, sondern von einem Vertragsneuabschluss aus und besteuerte die anfallenden Zinserträge.

Der Bundesfinanzhof bestätigte diese Behandlung. Das Gericht ging steuerlich von einem Neuabschluss des Lebensversicherungsvertrags aus, da bei gleich bleibender Beitragsleistung eine höhere Versicherungsleistung nach Ablauf der drei Verlängerungsjahre erbracht wurde. Die bürgerlich-rechtliche Beurteilung des Vorgangs ist dabei unbeachtlich. Die Steuerpflicht für die anfallenden Zinsen ergab sich aus der Nichteinhaltung der zwölfjährigen Laufzeit für den Vertragsneuabschluss.

Dem Urteil ist nicht zu entnehmen, ob vorgesehene Änderungsmöglichkeiten in den ursprünglichen Versicherungsverträgen zu einer günstigeren steuerlichen Beurteilung geführt hätten.

Leistungen aus einer sofort beginnenden Leibrentenversicherung gegen Einmalzahlung

Eheleute hatten einen „Leibrentenversicherungsvertrag auf ein Leben mit sofort beginnender Rentenzahlung gegen einen Einmalbetrag“ in Höhe von 1,2 Mio. DM abgeschlossen. Die Überschüsse aus dem Vertrag wurden in Form einer Zusatzrente gezahlt. Die Leibrentenzahlungen besteuerte das Finanzamt in Höhe des Ertragsanteils.

Der Bundesfinanzhof bestätigte diese steuerliche Behandlung und versagte die Steuerbegünstigung, die bei einem gemischten Versicherungsvertrag hinsichtlich des Zinsanteils angewendet werden kann. Der Steuerbegünstigung liegt die Erwägung zu Grunde, die Verzinsung der angesammelten Sparanteile in der Vertragslaufzeit bis zur Fälligkeit der Leistung durch die Versicherungsgesellschaften nicht zu belasten. Bei Verträgen mit sofort beginnender Rentenzahlung liegen keine Sparanteile vor. Die Zinsanteile aus der Streckung der Auszahlung sind steuerlich nicht begünstigt.

Bei derartigen Gestaltungen sollte vorher der Steuerberater gefragt werden.

Verdeckte Einlage einer im Betriebsvermögen gehaltenen 100%-igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft

Ein Ingenieur überließ die Verwertung einer geschützten Erfindung einer Kapitalgesellschaft, an der er alle Gesellschaftsanteile hielt. Später übertrug er alle Gesellschaftsanteile auf eine andere Kapitalgesellschaft, deren Alleingesellschafter er war. Neue Gesellschaftsrechte wurden im Rahmen dieser Übertragung nicht gewährt. Das Finanzamt behandelte diese verdeckte Einlage als gewinnrealisierende Entnahme der Anteile.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die steuerliche Behandlung. Jeder verdeckten Einlage gehe eine Entnahme der verdeckt eingelegten Wirtschaftsgüter zum Teilwert voraus. Der Vorgang führt deshalb auch dann zu einer Gewinnrealisierung, wenn die Beteiligung an der Zielgesellschaft zum Betriebsvermögen des Einlegenden gehört. Bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft handelt es sich um einen anderen Rechtsträger. Die zukünftige Steuerverhaftung des übertragenen Wirtschaftsguts ist deshalb unbeachtlich.

Das Gericht ließ offen, ob eine verdeckte Einlage in der Form einer unentgeltlichen Übertragung eines Betriebs, eines Teilbetriebs oder eines Mitunternehmeranteils unter das Buchwertfortführungsgebot fällt.

Eine Gewinnrealisierung lässt sich in Übertragungsfällen daher nur vermeiden, wenn der Weg über eine offene Sacheinlage gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten gewählt wird und die Vorschriften des Umwandlungssteuerrechts anwendbar sind.

Inventur zum Ende des Geschäftsjahres

Für alle Kaufleute, die nach den handelsrechtlichen oder steuerlichen Vorschriften Bücher führen und im Laufe des Wirtschaftsjahres keine permanente Inventur vornehmen, ergibt sich zum Ende des Wirtschaftsjahres wieder die Notwendigkeit zu Bestandsaufnahmen. Die Bestandsaufnahmen sind eine Voraussetzung für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung des Unternehmens.

Steuerliche Teilwertabschreibungen können nur noch bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen werden. Diese Voraussetzungen müssen **zu jedem Bilanzstichtag neu nachgewiesen** werden. Das ist bei der Inventurdurchführung zu berücksichtigen.

Die Bestandsaufnahmen sind grundsätzlich am Bilanzstichtag vorzunehmen. Eine Fotoinventur ist nicht zulässig. Auf Grund der oft sehr zeitaufwendigen Inventurarbeiten, insbesondere bei den Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffen, den Fabrikaten und Handelswaren, gibt es folgende zeitliche Erleichterungen für die Inventurarbeiten:

- Bei der so genannten **zeitnahen Inventur** können die Bestandsaufnahmen innerhalb von 10 Tagen vor oder nach dem Bilanzstichtag stattfinden. Zwischenzeitliche Bestandsveränderungen durch Einkäufe oder Verkäufe sind zuverlässig festzuhalten.
- Bei der **zeitlich verlegten Inventur** können die Bestandsaufnahmen innerhalb der letzten drei Monate vor oder der ersten zwei Monate nach dem Bilanzstichtag vorgenommen werden. Diese Inventur erfordert eine **wertmäßige** Fortschreibung bzw. eine **wertmäßige** Rückrechnung der durch die Inventur ermittelten Bestände zum Bilanzstichtag. Eine nur mengenmäßige Fortschreibung bzw. Rückrechnung zum Bilanzstichtag ist nicht ausreichend. Bestände, die durch Schwund, Verderb und ähnliche Vorgänge unvorhersehbare Abgänge erleiden können und für besonders wertvolle Güter ist nur die Stichtagsinventur zulässig. Zu beachten ist ebenfalls, dass Steuervergünstigungen, die auf die Zusammensetzung der Bestände am Bilanzstichtag abstellen, nicht in Anspruch genommen werden können. Das trifft z. B. für die Verbrauchsfolge-Verfahren zu.
- Bei der so genannten **Einlagerungsinventur** mit automatisch gesteuerten Lagersystemen (z. B. nicht begehbare Hochregallager) erfolgt die Bestandsaufnahme laufend mit der Einlagerung der Ware. Soweit Teile des Lagers während des Geschäftsjahres nicht bewegt worden sind, bestehen Bedenken gegen diese Handhabung.
- Das **Stichproben-Inventurverfahren** erlaubt eine Inventur mit Hilfe anerkannter mathematisch-statistischer Methoden auf Grund von Stichproben. Die Stichprobeninventur muss den Aussagewert einer konventionellen Inventur haben. Das ist der Fall, wenn die statistischen Aussagen einen Sicherheitsgrad von 95 % erreichen und relative Stichprobenfehler 1 % des gesamten Buchwerts nicht überschreitet. Hochwertige Güter und Gegenstände, die einem unkontrollierten Schwund unterliegen, sind nicht in dieses Verfahren einzubeziehen.
- Das **Festwertverfahren** kann auf Sachanlagen und Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewendet werden. Voraussetzung ist, dass die Gegenstände im Gesamtwert für das Unternehmen von nachrangiger Bedeutung sind, der Bestand in Größe, Zusammensetzung und Wert nur geringen Veränderungen unterliegt und die Gegenstände regelmäßig ersetzt werden. Eine körperliche Inventur ist bei diesen Gegenständen in der Regel **alle drei Jahre** oder bei wesentlichen Mengenänderungen sowie bei Änderung in der Zusammensetzung vorzunehmen. In Ausnahmefällen kann eine Inventur nach fünf Jahren ausreichen.
- Wird das Verfahren der **permanenten Inventur** angewendet, dann ist darauf zu achten, dass bis zum Bilanzstichtag alle Vorräte einmal aufgenommen worden sind. Darüber ist ein Nachweis zu führen.

Bei der Bestandsaufnahme sind alle Wirtschaftsgüter lückenlos und vollständig zu erfassen. Die Inventuraufzeichnungen sind so zu führen, dass eine spätere Nachprüfung möglich ist. Es ist zweckmäßig, die Bestandsaufnahmelisten so zu gliedern, dass sie den räumlich getrennt gelagerten Vorräten entsprechen. Der Lagerort der aufgenommenen Wirtschaftsgüter ist zu vermerken. Die Bestandsaufnahmelisten sind von den aufnehmenden Personen abzuzeichnen. Es kann organisatorisch notwendig sein, die Bestandsaufnahmen durch ansagende Personen und aufschreibende Mitarbeiter vorzunehmen. **Inventuranweisungen, Aufnahmepläne, Originalaufzeichnungen** und die spätere Reinschrift der Bestandsaufnahmelisten **sind aufzubewahren**.

Fremde Vorräte, z. B. Kommissionswaren oder berechnete, vom Kunden noch nicht abgeholte Waren oder Fabrikate sind zur Vermeidung von Inventurfehlern getrennt zu lagern. Fremdvorräte müssen nur dann erfasst werden, wenn der Eigentümer einen Nachweis verlangen wird.

Eigene Vorräte sind immer zu erfassen. Das schließt minderwertige und mit Mängeln behaftete Vorräte ebenso mit ein wie rollende oder schwimmende Waren. Bei unfertigen Erzeugnissen muss der **Fertigungsgrad** angegeben werden. Das ist zur späteren Ermittlung der Herstellungskosten notwendig. Dabei ist auch an **verlängerte Werkbänke** (Fremdbearbeiter) und die **Werkstattinventur** zu denken.

Alle Forderungen und Verbindlichkeiten des Unternehmens sind durch Bestandsaufnahme zu erfassen. Das gilt auch für Besitz- und Schuldwechsel. Es sind entsprechende Saldenlisten zu erstellen. Bargeld in Haupt- und Nebenkassen ist durch **Kassensturz** zu ermitteln.

Zur Inventurerleichterung können unter Beachtung der Ordnungsmäßigkeitskriterien Diktiergeräte verwendet werden. **Besprochene Tonbänder** können später gelöscht werden, wenn die Angaben in die Inventurlisten übernommen und geprüft worden sind.

